

II- 11976 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6036 N

1990 -07- 13

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Blünegger
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Ausstellung von Rezepten durch Krankenanstalten
und Fahrtkostenersatz

Wenn für einen Patienten im Krankenhaus direkt ein Rezept
ausgestellt wird, so muß er dieses von einem Vertragsarzt
des Krankenversicherungsträgers umschreiben lassen, bevor
es in einer Apotheke eingelöst werden kann. Dies bewirkt
einerseits eine Verzögerung der Behandlung mit dem ver-
ordneten Medikament und bürdet andererseits dem Kranken einen
zusätzlichen Weg auf.

Ähnlich verhält sich die Situation beim Fahrtkostenersatz,
wenn Personen, die gehunfähig sind und eine regelmäßige
Therapie machen, für jede einzelne Fahrt um den Kostenersatz
ansuchen müssen, obgleich die Behandlung kontinuierlich in
gewissen Zeitabständen erfolgt.

Die unterfertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß die
Patienten durch diese bürokratischen Erfordernisse unnötig
belastet werden und die Ausstellung von Rezepten und der
Fahrtkostenersatz auch weniger aufwendig erfolgen könnten.
Sie richten daher an den Herrn Bundesminister für Arbeit und
Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Halten Sie die derzeitige Vorgangsweise bei der Ausstel-
lung von Rezepten in Krankenanstalten und der Gewährung
eines Fahrtkostenzuschusses für sachlich notwendig und den
betroffenen Kranken zumutbar?

- 2) Werden Sie Maßnahmen setzen, um die Sozialversicherungsträger zu einer weniger bürokratischen und patientenfreundlicheren Regelung zu veranlassen?
- 3) Welche Unterschiede bestehen derzeit in den genannten Bereichen zwischen den einzelnen Sozialversicherungsträgern?